

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Backküchen, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Keksinustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 3

Erscheint jeden Mittwoch
Redaktionsschluss Sonnabend nachm. 3 Uhr

Abonnementspreis pro dreigeteilte Pfeilzeile Mk. 1, für die Zifferstellen 30 Pf.

Internationales Arbeiterricht.

I.

Als 1914 plötzlich der Krieg über die Völker Europas hereinbrach, da stürzten alle Brücken ein, die vorher die geistigen Verbindungen von Volk zu Volk hergestellt hatten. In den vorhergehenden Jahrzehnten hatten auf den verschiedenartigsten Gebieten des geistigen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens vielfache Annäherungen, Erörterungen und Versöhnungen zwischen den Vertretern der einzelnen Völker stattgefunden. Es gab einen Weltpostverein, der wechselseitig in den verschiedenen Hauptstädten der europäischen Länder tagte, bei welchen Zusammenkünften die postalischen Vertreter der meisten europäischen und außereuropäischen Länder die großen Fragen des Weltverkehrs erörterten und internationale Vereinbarungen trafen. Es gab wissenschaftliche Kongresse, die von den berühmtesten Gelehrten aller Länder besucht wurden und auf denen ein reicher Austausch der Meinungen schließlich zu einer vielfachen Annäherung auf geistigen und praktischen Gebieten führte. Für Industrie und Handel waren im internationalen Verkehr zahlreiche Vertragspunkte gegeben, und die wirtschaftlichen Interessen sowie die Notwendigkeiten der fortschreitenden Entwicklung des Welthandels und Weltverkehrs führten hier von selbst zu einer persönlichen Annäherung der Betriebsleiter und der Vertreter des Handels.

Aber auch zwischen der Arbeiterschaft der meisten Stützpunkte hatten sich gewisse internationale Annäherungs- und Versöhnungsmöglichkeiten herausgebildet, indem auf den internationalen Kongressen die politischen und gewerkschaftlichen Vertreter der Arbeiter zur Erörterung der Arbeitersachen, der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse zusammengetreten.

Auf allen diesen Kongressen, waren sie wissenschaftlicher, wirtschaftlicher oder technischer Art, ist für die Stützpunktmenschheit manche Arbeit von hohem Wert geschaffen worden, und manche internationale Vereinbarungen, namentlich auf dem Gebiete des Verkehrsweises, haben zweifellos für alle beteiligten Völker einen hoch zu veranschlagenden wirtschaftlichen Nutzen mit sich gebracht.

So hat vor dem Kriege auf den verschiedenartigsten Gebieten des Völkerlebens zweifellos ein zielbewusster, zur Versöhnung und zum Ausgleich der Interessen führender Internationalismus manche geistigen Verbindungspunkte und manche vorteilhaften Vereinbarungen geschaffen. Und es muss hier besonders darauf hingewiesen werden, daß es nicht nur die Vertreter des geistigen Lebens und der oberen Gesellschaftsschichten waren, die eine internationale Fühlungsnahe suchten und verwirklichten, sondern daß die Idee der internationalen Versöhnung und Verbrüderung ganz besonders in der Arbeiterschaft stark verbreitet war; und hier als eine der ersten und wichtigsten politischen Forderungen galt.

Aber die Tatsache läßt sich nun einmal nicht weglassen, daß alles, was vorher irgendwie zu einer Annäherung der Völker geführt, zu einer internationalen Versöhnung geboten hatte, bei Ausbruch des Krieges plötzlich abgebrochen und zerstört war und daß der Internationalismus in jeder Form von der Katastrophe des Zusammenbruchs erlegt wurde. Auch der Arbeitersinternationalismus! Der Nationalismus hatte sich unter den Wirkungen der Kriegsschlacht in allen Ländern zur nationalistischen Bekehrung gesteigert und die Völker in einen Haß und in eine Kriegsbegeisterung hineingezogen, die bei objektiver Betrachtung doch jeder Notwendigkeit und Logik entrichten. Aber das Bedauern über diese Doktrinmuße hilft uns nicht über die histische Tatsache hinaus, daß bei Ausbruch des

Krieges alle internationalen Annäherungsmöglichkeiten plötzlich vernichtet waren, daß auch die Arbeiterschaft der kriegerischen Völker überwiegend auf nationalistischem Boden und sich als Feinde gegenüberstanden.

Kein Zweifel kann darüber bestehen, daß der Internationalismus auf der ganzen Linie zusammenbrach und der Nationalismus scheinbar unüberwindliche Schranken zwischen den feindlichen Völkern zog.

Der Krieg hat nun mit unserer Niederlage geendet, und bis jetzt liegen kaum irgendwelche Anzeichen dafür vor, daß bei den Siegern eine Neigung dafür besteht, sich uns auf politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gebieten anders als in der Eigenschaft des vorherigen und beherrschenden Siegers zu nähern. Muß Deutschland für alle Zukunft die Hoffnung auf geistigen Verkehr, auf Güteraus tausch und auf ein ertragreiches politisches Verhältnis mit den andern Völkern aufgeben? Soll das unheilvolle Wort aus der Antike: „Wehe den Besiegten!“ auch heute noch eine Berechtigung haben?

Der Krieg hat in vielfältiger Weise den Beweis erbracht, daß wir in unsern wirtschaftlichen Lebensbedingungen auf den Güterverkehr mit der Außenwelt dringend angewiesen sind, daß wir Ein- und Ausfuhr für Rohstoffe und Fertigwaren haben müssen, um unser Volk von 70 Millionen lebensfräftig erhalten zu können. Bürgerlich wird dauernd von der Außenwelt und vom internationalen Verkehr so abgeschaut werden, wie es seit Kriegsbeginn bereits geschieht, so würden wir auf allen Gebieten unseres wirtschaftlichen Lebens verkümmern, Armut und Verelendung würden mehr und mehr um sich greifen, und es braucht nicht noch ausführlich erörtert zu werden, daß besonders die deutsche Arbeiterschaft unter einem solchen Zustand der Rückwärtsentwicklung zu leiden hätte.

Wer nicht alle Hoffnung auf die deutsche Zukunft aufgibt, muß daher an dem Glauben einer kommenden Versöhnung und wirtschaftlichen Annäherung der gegeneinander gehopfen Völker festhalten und seinerseits alles tun, was zu einer Fühlungsnahe und Wiederaufnahme der früheren Beziehungen führen kann. Ganz besonders erwächst hier der Arbeiterschaft und ihren Führern eine wichtige und dringende Aufgabe.

Und zum Glück erweist sich jetzt, nachdem die Waffen ruhen, daß der Krieg nicht alle Möglichkeiten für eine internationale Kulturgemeinschaft vernichtet hat, daß der Internationalismus nicht so ganz hoffnungslos am Boden liegt, wie es unter den Entwicklungen der Kriegsschlacht den Anschein hatte. Die ersten leisen Möglichkeiten für eine spätere zwischen den feindlichen Völkern sich entwickelnde Annäherung regen sich, und daß die Anregungen hierzu von der Arbeiterschaft aller Stützpunkte ausgehen, ist ein Beweis dafür, daß die Arbeitersfrage eine Weltfrage von übertragender Bedeutung ist. Trotz aller nationalistischen Verhetzung, die zeitweilig, wie dieser Krieg bewies, allerdings starke Verstimmen und Enfremdungen zeitigen kann, werden die Arbeiter aller Länder doch immer wieder zu der Erkenntnis kommen, daß sie in ihrem wirtschaftlichen und sozialen Lebensfragen auf dem Boden gemeinsamer Interessen stehen, und daß eine solidarische internationale Interessenvertretung notwendig ist, um dem internationalen Kapitalismus gegenüber die Lebensbedingungen der Arbeiter in allen Ländern zu schützen und zu verbessern. Wenn diese Erkenntnis sich in der Arbeiterschaft allenthalben weiterhin vertieft und erweitert, so ist damit auch die Möglichkeit der Vermeidung von Kriegen zukünftig in weit stärkerem Grade gegeben, als es in der Vergangenheit der Fall war. Und nach der gewaltigen Erschütterung, die der Krieg im Leben aller beteiligten Völker zeitigte, neuerlich aber im Hinblick auf die politische Umwälzung in Deutschland, besteht eine starke Wahrscheinlichkeit,

dafür, daß die Völker, insbesondere aber auch die Arbeiterschichten, in Zukunft bei der Entscheidung über Krieg und Frieden ein stärkeres Wort mitzutragen haben werden als bisher.

Jetzt aber gilt es, auf den Trümmerrest des Krieges neues Leben aufzubauen, die zerstörten Beziehungen der Völker wieder anzuknüpfen, einen neuen Internationalismus auf allen Gebieten des geistigen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens aufzurichten und von den Regierungen aller Länder Maßnahmen zu verlangen, die der Tatsache entsprechen, daß die Arbeiterschaft der ganzen Welt gemeinsame sozialpolitische Forderungen haben. Die Notwendigkeiten der Arbeiterschaft drängen zum Verhandlungstisch, an dem die Versöhnung und die internationale Vereinbarung in gewissen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen erzielt werden muß.

Es ist eine unabsehbare Notwendigkeit, daß den sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterschaft bei den kommenden Friedensverhandlungen Rechnung getragen wird, und daß die vertragsschließenden Mächte in den Fragen des Arbeitersrechts und der sozialpolitischen Gesetzgebung dort zu einer Versöhnung kommen, wo eine internationale Basis und eine gewisse Gleichartigkeit der Einsichten und Maßnahmen möglich ist.

Trotz der Verwirrung und Verdrängnis des Krieges sind die Vorbereiten zur Lösung dieser Fragen schon beträchtlich vorgekommen, und es liegt hierzu der folgende Sachverhalt vor:

Die Forderung nach einem „Weltarbeiterrecht“ ist von den Arbeitersorganisationen schon vor dem Kriege erhoben worden, und trotz allen durch den Krieg verursachten Störungen haben sich die Arbeiterverbände nicht mit weiterhin mit dieser Frage beschäftigt, sondern es liegen vielmehr Beweise dafür vor, daß gerade unter den Einwirkungen des Krieges in der Arbeiterschaft der ganzen Welt sich die Erkenntnis für die Notwendigkeit der Schaffung eines Weltarbeiterrechts und für internationale sozialpolitische Maßnahmen erheblich verstetigt hat. So haben schon zu Beginn des Weltkrieges die amerikanischen Gewerkschaften die Forderung erhoben, daß die Arbeiterschaft ihre sozialpolitischen Interessen beim Abschluß des Friedens geltend machen müsse. Dieses Verlangen ist von der Arbeiterschaft aller Länder, der Entente sowohl wie der Mittelmächte und der Neutralen, aufgenommen worden. Es liegen starke Anzeichen dafür vor, daß die Arbeiterschaft der Vereinigten Staaten und Englands gewillt ist, bei den Friedensverhandlungen ihre Stimme zur Geltung zu bringen. Was die Arbeiter der genannten Länder wollen, ist in den Programmen von Leeds und Bern zum Ausdruck gebracht. In Frankreich hat die sozialistische Mehrheitspartei für die bei den Friedensverhandlungen zu vertretende Sozialpolitik die folgenden, sich an die Programme von Leeds und Bern anschließenden Forderungen aufgestellt:

A. Proklamation des Willens der Vertragsmächte, durch eine internationale Gesetzgebung zu vermittelnen: Menschliche Arbeitsbedingungen durch Schutz des allgemeinen und gewerblichen Unterrichts der Kinder, der Rüterschaft, des Familienlebens, der physischen und moralischen Gesundheit und durch Entwicklung der Bevölkerung. Folglich spricht sich der Friedensbeitrag aus:

- Für die Reformen, die die Konferenz von Bern im Jahre 1913 angenommen hat: Unterdrückung der Nacharbeit der jungen Industriearbeiter, die Festsetzung des Gehaltsstandards für die Frauen und für die jungen in der Industrie beschäftigten Arbeiter.
- Die unter B vorgeschriebene internationale Arbeiterskonferenz prüft folgende Reformen: Verbiet der Kinderarbeit für Kinder unter 14 Jahren. Beschränkung des Arbeitstages für Erwachsene, sofortige Erfüllung des

Kontinentaltages in den Tag und Nacht arbeitenden Fabriken und in den Bergwerken, in jeder Woche eine Abreise von einundhalbem Tag, Organisation und gegenseitigkeit der Krankenversicherung, Invaliden- und Altersversicherung, der Arbeitslosenversicherung und der Arbeiterschutzgesetzgebung, Gleichheit des Lohnes und der Arbeitsbedingungen zwischen ausländischen und inländischen Arbeitern.

B. Einrichtung einer periodischen internationalen Arbeitskonferenz zwischen den Vertragsmächten, zu der die Staaten, die den Vertrag nicht unterzeichnet haben, Zutritt haben, und welche Delegierte der Arbeiter- und Unternehmerorganisationen umfassen.

Der Zweck dieser Konferenz soll sein, durch fachliche Verträge die internationale Arbeiterschutzgesetzgebung zu erweitern. Sie hat aus sich heraus eine Kommission oder einen Schiedsgerichtshof zu bilden, vor dem alle sich erhebenden Streitigkeiten zwischen den Vertragsnationen über die Anwendung des Vereinikommens zu bringen sind.

Zum Glück auf diese von den Arbeitern der gegnerischen Länder aufgestellten Forderungen haben die deutschen Arbeiter ein starkes Interesse an der Frage, wie das sozialpolitische Programm Deutschlands auf dem Friedenskongress ausfielt. Über dieses Programm und seine Tugenden soll in einem zweiten Aufsatz weiter geschrieben werden.

Die Verschleppungsstrikte des Germaniaverbundes

Es gibt manchen Leuten ungebührlicherweise, der Feuerwehr Konzessionen zu machen und gegenüber der Presse, daß man es früher nicht nötig hatte, sich groß um die Fortbewegungen der Arbeiterschaft zu kümmern, ist es folglich bestmöglich, daß auch die Herren, die die Geschicke des Wiederaufbaus Germanias leiten, sich so gut als möglich dagegenstehen, um uns, dem wenig beliebten Sonntagsarbeitsverbot der Bäder und Konditoreien, weitgehende und direkte Vereinbarungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzugehen. Über den Widerstand ist nun einmal in kennelnden Rollen gekommen, und da müssen wir die Herren schon erinnern, da wir den Fachleuten aufzuhelfen und ihre Einsicht gegen Verhandlungen mit der Arbeiterschaft und den gleichen Dingen zurückzubringen; sie mögen endlich etwas Dampf hinter die Angelegenheit, die wir ihnen im Stich zwischen den beiden letzten Sitzungen schickten, machen! Um so mehr, da doch auch der Vertreter des Arbeitgeberverbundes für das Bäder- und Konditorei-Verbot den gegenwärtigen Verhältnissen abweichen will. Vorsitzender des Vorstandes fordert den allgemeinen Ausschluß für gesetzliche Arbeitsverträge zu stimmen. Und um so mehr, als inzwischen eine ganze Reihe von Firmen und Betrieben eine weitere für ihre Bezirke auf Vereinbarungen mit uns eingeführt. Den von uns zuerst aufgestellten ganz allgemeinen Grundsätzen standen allerdings auch die Gewerkschaften zu; eine arge Verschleppungsstrikte seihe war ein, als es bekannt wurde, daß wir nicht nur die Maßnahmen für die Zeit der Demobilisierung und für die Erholung der Kriegsleitung aus dem Gelde Zurückgeführten wünschten, sondern daß wir auch für die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im allgemeinen genaue und dauernde Grundlagen schaffen wollten, um vor allem den eindringlichen Forderungen den Rücken zum Abschluß von Tarifverträgen auferlegen zu können. Da zog man in Berlin die Stirne kraus und fing an, Ausflüchte zu machen. Jetzt treiben sie man uns mitteilte, erst die Vorsitzenden der Zweigverbände ihre Vorstände befragten, und dies werde eine Antwort besser verhindern. Aus den von den Innungsvertretern bisher eingelösten Antworten sei, wie man weiß, nur zu erkennen, daß einige der Herren die Grundsätze befürworten, andere sie ganz ablehnen, und bei einer Sitzung des Gesamtvorstandes infolge der Kuppenkatastrophe (es war dies noch Anfang Dezember des Vorjahrs) nicht ausreichend sei, sonst eine solche Sitzung erst während des neuen Jahres stattfinden. Ob dann eine Lösung der Grundsätze zu erreichen sein wird, sei zweifelhaft. Verfahren werden wir es.

Das letzte halte Schrift, die man uns also bereits anfangs Dezember zeigte, wurde vor uns vorläufig noch eine abwartende Haltung eingenommen und die Herren der sozialen eracht, mitgeteilt, wann die Erholung des Gesamtvorstandes stattfinden werde; wir erklärten uns nachdem, einen Vertreter zu der selben zu stellen, weil dann gleich allen Herren Aufschluß hätte werden können, was wir eigentlich wollen. Aber wieder vertrücker vier Wochen, und erst in der zweiten Woche des Januar kam endgültiges Schreiben:

Berlin, 3. Januar 1919.

an den Generaldirektor der Bäder, Konditoreien und verwandten Betriebsgruppen Deutschlands.

Bei der geistigen Besprechung vom 12. v. R. teilten uns Freunde mit, daß die meisten Zweigverbände bis jetzt für einen Abschluß der Tarifverträge ausgesprochen haben, vielmehr verlangen, daß die Angelegenheit in einer Gewerkschaftssitzung besprochen wird, denn wieder zu viele Zeiten sind.

Wir sind sehr verständlich bereit, genau anzutun, was die Gewerkschaftssitzung statthaftet, doch machen wir das jetzt darauf verzichten, daß nicht der geschäftsfähige Vertreter, sondern der Generalvorstand darüber entscheiden soll, ob Ihre Herren Vertreter zu der Sitzung zugelassen werden. Eine eventuelle Herzeile ihrerseits kann sehr auf Ihre Beicht hin, zweckmäßig nicht zugelassen werden, erfolgen.

Gedenktafel

der gefestigte Befehl:

1. Bernhard, Vorsteher. Seite 1. Seite 2.

Wir hoffen immer nicht die geringste Gewißheit, dass die geschäftsfähige Beauftragung des Generalvorstandes eintreten wird. Bei den Beratern berücksichtigen der letzteren

Zeit konnten wir natürlich irgendwann nicht weiter bedingen; aber jetzt sind die Wogen bereits wieder abgeebbt, und da müssen wir es hier einmal erläutern, daß es zweckmäßig ist, die Geduld der Bäderarbeiter nicht noch auf eine längere Probe zu stellen! Ein solcher Schluß fehlt nicht nur jeder Hinweis auf einen ins Auge gesetzten Termin zu Verhandlungen, aus ihm spricht eigentlich nichts weiter als eine vorläufige Wiese. Wir wollen aber zunächst immer noch erwarten, daß man es sich gründlich überlegt, was es für das Gemüse bedeutet, wenn man auf diesem Standpunkt beharren will. Die Bäderarbeiter haben gelernt, sich ihre Rechte zu erämpfen.

Die Sonntagsarbeit im Konditoreibetrieb wieder eingeführt!

Noch § 6 des Gesetzes über die Arbeitszeit in Bäderen und Konditoreien ist bekanntlich auch für letztere die Sonntagsarbeit gänzlich verboten worden. Es war herauszufinden, daß die Konditormeister gegen die absolute Sonntagsruhe in der Bäckerei noch mehr Sturm laufen würden als die Bädermeister; hatten wir doch im Gegensatz zur Bäckerei für die Konditorei noch nirgends Belege, wo Sonntags die Arbeit getrieben hätte. Es war die schwere Schuld der Gehilfenschaft, daß sie mangels tatkräftiger Organisation hier noch nicht einmal vorbereitend gewirkt habe und nicht einmal in der Lage gewesen war, die Sonntagsarbeit überhaupt irgendwie zu beeinflussen. Dieser Unentschlossenheit der Gehilfen und ihrem noch immer ungeliebten Zusammenhalt auf zentraler Basis haben sie es an verdient, daß ihnen jetzt die kürzlich zugestandene Sonntagsruhe wieder genommen wird. Die Regierung hat die Reichsregierung so lange bestürmt, bis diese von dem gänzlichen Verbot der Sonntagsarbeit in den Konditoreibetrieben einen Schritt zurücktreten mußte. Nach einem Bericht der Innungspresse wurde von den Meistern für den Sonntag eine Mindestarbeitszeit von 4 Stunden zur Herstellung leicht verbindlicher Vorschriften gefordert. Darauf ging die Regierung nicht ein. Sie berief den Standpunkt, daß auf keinen Fall am Sonntag gebraucht werden dürfe. Über noch langer Zeit wurde doch als Ergebnis erzielt, daß an Sonntagen in der Zeit von 6½ bis 9½ Uhr morgens Creme, Eis, Schlagsahne und Speisen hergestellt werden können. Gedanken darf nicht werden. Den lädtigen Gehilfen sollen für die Arbeitsstunde an Sonntagen 1½ gezahlt werden, jeder zweite Sonntag ist Ihnen ganz freigegeben und außerdem ist für die geleistete Sonntagsarbeit ein halber Tag in der Woche zu gewähren.

Es muß der Vorstand der Verordnung abgewichen werden, um zu wissen, ob damit die Wiederherstellung des Geistes über die Arbeitzeit zum sein. Werden hat. Wir glauben, daß die Konditorei trotz der Schwierigkeiten, die die erste Zeit der gänzlichen Sonntagsruhe in den Bäckereien gesucht hätte, ihren früheren guten Bestand wieder erreichen könnte, sofern mit endire Einschränkungen der Gegenwart in Wegfall gelommen wären. Auch sind wir davon überzeugt, daß die meisten Gehilfen mit uns gegen die Wiedereinführung der Sonntagsarbeit protestieren. Die Meister und Unternehmer dagegen werden annehmen müssen, daß auch die gegenwärtige Regierung ihre Interessen nicht unverhältnismäßig leicht und nunmehr jedenfalls mehr als genug getan hat, um diese Interessen zu wahren. Möglicherweise ist die Gehilfenschaft jetzt über vor allem tatkräftig organisiert, wenn sie nicht Gefahr laufen soll, daß ihre Arbeitsverhältnisse auch noch durch direkte Maßnahmen der Unternehmer weiter verschärft werden.

Die Tätigkeit der Fachauschüsse.

Erst der klaren Bestimmungen im Gesetz über die Aufgaben der Fachauschüsse, laufen bei uns immer noch recht viele Anfragen über die Zusammensetzung und die Tätigkeit dieser Ausschüsse ein. Aus vielen Orten wird uns berichtet, daß sogar die Vergnügungsvereine der Bäder- und Konditorgehilfen Anspruch auf eine Vertretung in dem Fachauschuss erheben. Ein solches Verlangen ist aber ganz und gar unverzüglich. Im § 3 Absatz 2 heißt es ausdrücklich: Dabei sind Personen, die von den im Bezirk bestehenden Berufskreisen eingeschlagenen Berufsbildern und Konditoreigewerbes berücksichtigt werden, nach dem Verhältnis der Zahl der im Bezirk tätigen Mitglieder der vorsitzenden Vereinigung zu berücksichtigen. Hier ist also nur von Berufsbildungen die Rede, und als solche können doch nicht die lokalen Vergnügungsvereine eingehalten werden. Mit demselben Recht könnten dann die Gehilfen, welche in anderen Sport-, Spar- und Vergnügungsvereinen Mitglieder sind, eine Vertretung beanspruchen.

Wollen aber die lokalen Vereine auf eine besondere Vertretung großen Wert legen, dann handeln sie doch in ihrem eigenen Interesse klug, wenn für den geschlossenen Bezirk ihrer Mitglieder in den gewerkschaftlichen Zentraleinheiten der Bäder- und Konditoreien sofort georgt wird. Dann wird sich die Organisation ohne weiteres auf den Standpunkt stellen, einen Bezirkskollegen, der Vertreter möglich ist, um als Vertreter in Berufung zu bringen. In dieser Zeit scheint es uns recht überflüssig, nach den langen und breiten der Gehilfenschaft die Gründe auseinanderzusetzen, warum sich alle restlos gewerkschaftlich organisieren müssen. Wir glauben nicht, daß unter den Kollegen noch das Leidet abweitet, sich in lokalen Vergnügungsvereinen zu tummeln, wo doch die Zeiten wohllich so ernst sind, daß in allererster Linie auf eine vernünftige Gefügung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen gesetzt werden muß. Sollen die Zeiten wieder kommen wie vor dem Kriege, daß die Kollegen in den Vergnügungsvereinen ihre überall Freizeit erledigen und sich um die wirtschaftlichen und sozialen Fragen nicht kümmern, dann wird recht bald von allen Gründungsabsichten, die von den während des Krieges in der Heimat verbliebenen Kollegen unter Einleitung aller ihrer Kräfte erklungen wurden, nichts mehr übrig bleiben als das grüne Gras, das wir vor dem Kriege nicht oft genug verbaut und bewässert hatten. Darum ist der Automobilfahrer einer Kollegen kein zur unverzüglichkeit geführt worden.

Die Vertretung der Gehilfenschaften in den Fachauschüssen läßt sich nur dann verwirklichen, wenn den geschlossenen organisierten Arbeitgebern auch eine volljährig organisierte Gehilfenschaft gegenübersteht. Der Geschäftsführer hat daher in dieser Erfahrung nur die Berufsbereinigungen mit der Vertretung in den Fachauschüssen betraut und ist viel wichtiger gewesen als die Kollegen in einigen Orten, die nun eine Sondervertretung für den Vergnügungsverein haben wollen.

Die Aufgaben der Fachauschüsse sind von großer Bedeutung und können nur dann für die Gehilfenschaft von Erfolg sein, wenn die richtigen Kollegen an den richtigen Platz kommen. Es müssen daher die tüchtigsten Kollegen als Vertreter für diese Einrichtung in Vorschlag gebracht werden. Die Bezirksleiter dürfen die Vertretung unter keinen Umständen ablehnen.

Im § 4 der Verordnung sind die Aufgaben zusammengefaßt:

Die Fachauschüsse sind vor Erlass wichtiger Anordnungen, die das Bäder- und Konditoreigewerbe ihres Bezirkes, insbesondere die Mehrlieferung, betreffen, zu hören. Sie haben bei der Regelung des Lehrklauswesens im Bäder- und Konditoreigewerbe mitzuwirken und die Beseitigung der auf diesem Gebiete bestehenden Missstände, notigenfalls unter Anrufung der Gewerbeaufsichtsbeamten, herbeizuführen. Auch im übrigen können sie Wünsche und Anträge, die sich auf die Verhältnisse des Bäder- und Konditoreigewerbes beziehen, beraten und zur Kenntnis der zuständigen Behörden bringen.

Schon daraus ergibt sich, daß die besten unserer Mitglieder als Vertreter in den Fachauschüssen in Vorschlag gebracht werden müssen. Kollegen, welche sich noch niemals um wirtschaftliche und soziale Berufangelegenheiten gekümmert haben, können unmöglich dort mit Erfolg die Gehilfenschaften wahrnehmen. Am allerwenigsten dürfen wir aber solchen Kollegen die große Verantwortung anvertrauen, die von vornherein in allen Fragen mit den Arbeitgebern durch dick und dünn gehen würden und nicht einmal neben ihrer Verständnislosigkeit den Mut besitzen, die Gehilfenschaften wahrzunehmen. Unsere Mitglieder müssen in den Fachauschüssen vertreten, die Führung in allen Fragen zu übernehmen und sich nicht stumm in die Ecke drücken lassen.

Wir haben auch schon Beispiele dafür, wie segensreich in den Fachauschüssen für die Kollegenschaft gearbeitet werden kann. Der Fachauschuss hat bei der Mehrlieferung in den Kommunalverbänden ein gewichtiges Wort mitzutragen. Die der Gerechtigkeit hohnsprechenden Zustände, wie sie in den Mehrlieferungsbetrieben bestehen, wo recht oft nach Gunst und Betterwirtschaft gehandelt wurde, werden dadurch gründlich beseitigt. Heute hat der Fachauschuss zu bestimmen, wie in der Zuweisung von Mehl für die einzelnen Betriebe verfahren werden muß. Aus Berlin wird uns berichtet, daß der Fachauschuss bei der Mehrlieferung durchgreifende Aenderungen getroffen hat. Es wurde zunächst beschlossen, daß als Mindestgrenze für die Belieferung der Bäckereien, die keine Gesellen beschäftigen, 8 Doppelzentner, mit einem Gesellen 12 Doppelzentner, in Bäckerei, in denen der Meister selbst mit einem Gesellen mitarbeiten, 15 Doppelzentner wöchentlich geteilt werden sollen. Auf Schreinige wird prinzipiell ein Quantum Mehl nicht extra gegeben. Wo Schreinige überflüssig sind, hat es Herr Sturm im Auftrage der Innung übernommen, diese überflüssigen Schreinige wo anders unterzubringen.

Wir halten auch dieses zugewiesene Quantum von Mehl noch überreichlich hoch für solche Unternehmer, die sich nur durch die Schreinige beschäftigen. Innerhalb eines Bezirks für die vielen arbeitslosen Kollegen in Berlin einen ganz schönen Erfolg gebracht, indem dadurch viele Bäckereimeister dazu übergingen, Gesellen zu beschäftigen.

In gleicher Weise muss sofort von den Fachauschüssen überall vorgegangen werden. Wir müssen alles daran setzen, daß die aus demselben zurückgekehrten Kollegen baldmöglichst wieder in Arbeit gebracht werden können. Das beste Mittel ist, solchen Unternehmern, welche nur Lehrlinge beschäftigen oder weit mehr Lehrlinge halten als Gesellen, weniger Mehl zuzuweisen als den Meistern, die keine Lehrlinge und nur Gesellen beschäftigen. Es muß dann unter allen Umständen in den Fachauschüssen durchgesetzt werden, daß auf ein bestimmtes Quantum zugewiesenes Mehl ein Gehilfe beschäftigt werden muß. Nur dann wird es uns gelingen, die erfriedend hohe Lehrlingsziffer einzufordern und eine große Anzahl von den vielen auf der Straße liegenden arbeitslosen Kollegen in Arbeit bringen zu können. Wir müssen durch unsrer Kriegsteilnehmer viel mehr als die Neuhelben, die ihnen unzählige Male den Dank des Vaterlandes in den sühesten Worten versprochen, aber jetzt nicht daran denken, ihr Versprechen eingulösen.

Wir müssen daher darauf dringen, daß in allen Orten, wo die Fachauschüsse schon eingesetzt sind, darüber Bescheid geführt wird, die Zuweisung des Mehl nach obigen Gesichtspunkten zu regeln. In allen andern Orten, wo Fachauschüsse noch nicht eingesetzt sind — wie wir aus vielen Orten in Erfahrung bringen möchten, lassen sich die Gehilfen dazu sehr viel Zeit, obwohl das Gesetz am 15. Dezember in Kraft getreten ist — müssen sofort unsere Vertreter für den Fachauschuss in Vorschlag gebracht und auf die Einberufung der Sitzung gedrängt werden.

Entwurf mit der Schokolade- und Backwarenfabrik Moser-Bölk in Stuttgart.

Einen jüngeren Erfolg hat die Schokolade Stuttgart zu verzeichnen. Mit der größten Firma der Süßwarenindustrie am Plön, die in Friedenszeiten auch als größte in Südmitteldeutschland zu gelten hatte, wurden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse fairlich geregelt. Heute ist die Zahl der Beschäftigten im Betriebe allerdings infolge Mangels an Rohstoffen stark zurückgegangen. Zu mindesten

würde es, daß dem Beispiel der vorliegenden Vereinbarung nicht nur die übrigen Betriebe am Ende folgen würden, sondern daß der Tarifgeldanteil sich nun auch in der gesamten Süßwarenindustrie Südwestdeutschlands halten würde. Die einzelnen Bestimmungen der Vereinbarung können wir wegen eingeschränkten Raumangriffs erst in einer der nächsten Nummern bringen. Wenn die schwierigen Verhandlungen zwischen den zentralen Institutionen der Süßwarenindustrie und unserer Organisation zu einem bestimmten Ergebnis geführt haben werden, wird sich jedenfalls für die Südwürttembergischen Vereinbarungen auch noch eine Ergänzung notwendig machen.

Zur Lohnbewegung in den Süßwarenbetrieben Stettin.

Auch in der Fabrikbranche Stettins schreitet unsere Organisation am Orte rüstig vorwärts. In einer Betriebsversammlung der Firma Strey führte der Kollege Wille den Arbeitern und Arbeitern vor Augen, daß jetzt endlich einmal die Zeit gekommen wäre, die fraurigen Löhne, welche noch in der frühen Branche gezahlt wurden, zu beseitigen. Die Anwesenden wurden zum Eintritt in die Organisation aufgefordert, welcher Aufforderung auch alle restlos nachkamen. Die Verbandsleitung hat dann in Verhandlungen mit Herrn Strey, welcher gleichzeitig Vorsitzender der hiesigen Fabrikantendereinigung ist, zum Teil recht erhebliche Zugeständnisse erzielt. Wurden doch noch Löhne von M 14 gezahlt. Nach den vorläufigen Vereinbarungen werden jetzt für Arbeitnehmer Minimallohn von M 20 und M 23, für Hilfsarbeiter M 23 bis M 25 und M 40 und für Gehilfen M 50 bis M 65 und M 80 gezahlt. Allen Beschäftigten muß ab 1. Januar eine zehnprozentige Zulage gewährt werden, welche mindestens M 3 betragen soll. Diese Vereinbarung gilt für alle Betriebe, welche dem Fabrikantenverband angeschlossen sind. Bei der Firma Strey sind nun alle Beschäftigten Mitglieder unseres Verbandes, bis auf einige "Hirsche", welche doch auch einsehen sollten, daß ihre Zeit ein für allemal vorüber ist. Auch in den andern Betrieben haben wir eine gute Zahl von Mitgliedern, und die Kolleginnen werden sich auch durch das höchst sonderbare Benehmen einiger "Dilettanten" nicht beeinflussen lassen.

An alle Kolleginnen und Kollegen aber richten wir die dringende Mahnung, an der Organisation festzuhalten und dem Verband neue Mitglieder zuzuführen, damit das Erreichte weiter ausgebaut werden kann.

Zur Bewegung der Bäcker in Stettin.

Wie in allen andern Städten Deutschlands, so ist auch in Stettin die neue Zeit nicht spurlos vorübergegangen. Die Stettiner Bäckerjedelten stellten in einer von über 250 Kollegen besuchten öffentlichen Versammlung ihre den leuteten Verhältnissen entsprechenden, noch bejahten gebliebenen Forderungen auf. Es wurden für Kleinbetriebe M 50 Minimallohn und für Brotfabriken M 60 Minimallohn pro Woche verlangt. In einem ausgezeichneten Referat des Kollegen Hassen, Berlin, wurde den Kollegen flacker gemacht, daß sie nur durch geschlossenen Eintritt in die Organisation etwas erreichen würden. Dieser Aufforderung folgten auch 40 Kollegen. Die Verhandlungen mit der Führung haben noch nicht zum endgültigen Resultat geführt. Hoffentlich können wir bald darüber Genaueres berichten. Auch die Herren Brotfabrikanten sind gegenüber ihren Arbeitern äußerst sparsam, den verlangten Lohn zu zubilligen. Nur die Firma Gubner hat ein gewisses Entgegenkommen gezeigt. Die Verhandlungen sind auch noch nicht abgeschlossen. Es gelang, mit dem hiesigen Provinzialamt einen für die dort beschäftigten Kollegen günstigen Tarif abzuschließen. 50 Verbandskollegen haben jetzt dort eine lohnende Beschäftigung gefunden. Gleichzeitig ist es nach Verhandlungen mit den Innungen und dem städtischen Arbeitsamt gelungen, einen partikulären Facharbeitsnachweis einzurichten. Unser Kollege Gerth wird ab 1. dieses Monats dort als Arbeitsvermittler von der Stadt eingestellt.

Tarifabschluß in Kiel.

Für das gesamte Bäckerhandwerk in Kiel, also für die Brotfabriken sowohl wie für die Bäckerei, sind in der letzten Zeit die Lohn- und Arbeitsbedingungen tarifmäßig geregelt worden. Da die Löhne in den Genossenschaften noch hinter diesen Abmachungen lieben, so erklären sich diese bereit, ebenfalls die im Tarif mit der Firma und den Brotfabrikanten festgesetzten Löhne zu bezahlen. Auf der andern Seite sind die Bestimmungen über Ferien und über den § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs aus dem Genossenschaftstatif in die andern Tarife übernommen worden, so daß nunmehr für das Bäckerhandwerk in Kiel, einschließlich der Genossenschaften, einschließlich Lohn- und Arbeitsbedingungen bestehen.

Den Verlauf der Vereinbarungen bringen wir, sobald es der Raum gestattet.

Zur Lohnbewegung in Frankfurt a. M.

Zu überschütteten Sache "Zum Storch" sprach Kollege Kuntze über die gegenwärtige Situation im Bäcker- und Konditorhandwerk. Er verlangte entscheidende Belehrung, in der Frage der Lohnbewegung. Sehrzehntlang mußte die Kollegenschaft unter den feindseligsten Verhältnissen leben; die Erfahrung der Organisation mache auch die Arbeit unseres Berufes für menschenwürdige Forderungen reif, und vieles sei durch die Organisation erreicht. Die Nachtarbeit ist beseitigt, die Sonntagsarbeit verboten, die tägliche Arbeitszeit durch Reichsgesetz vom 23. November 1918 auf acht Stunden und durch Verordnung des Arbeiterrates vorübergehend auf sechs Stunden festgelegt. Leider lämmerten sich die Arbeitgeber mit wenigen Ausnahmen großerer Betriebe nicht im geringsten um die Einhaltung der achtstündigen oder der sechsstündigen Arbeitszeit. Rich an Solidaritätsgefühl leiste es den Bäckereiarbeitern, fortan die Verhältnisse des Gewerbes (Kleinbe-

triebe mit Bäckerei- und Konditorei) dazu eine große Schaltungsrichterlei, machen es unmöglich, daß die Organisation die Durchführung der gesetzlichen Verhältnisse allein erzwingen könnte. Darauf habe er sich an den Arbeiterrat und an das Polizeipräsidium gewandt, und beide Weishäuser haben auch erfreulicherweise Reaktion entfacht. Besonders erfreuliches Vorhabenprojekt für die Arbeitgeber sind die Schülings. Aus dem Heile durchgefahrene Gehilfen seien nur von ein paar Großbetrieben wieder eingestellt. Die Zahl der Arbeitslosen sei ins Unendliche gehiezen; dies möge auch der Anlaß sein, daß Brotfabrikantendereinigung und Bäcker- und Konditorunion jede weitere Verhandlung auf unsere Forderungen nicht beantwortet haben.

Mit dem Konkurrenzverein Frankfurt a. M. und Umgegend wurde der Tarifkundentag vereinbart und der Mindestwochenlohn, einschließlich Leistungszulage, auf M 60 festgesetzt, bemerkenswert die Erhöhung für alle Kollegen.

Mit der Brotfabrik Offenbach, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, wurde ebenfalls der Tarifkundentag, wochentags 38 Stunden, vereinbart. Der Mindestlohn wurde auf M 64 bis M 70, einschließlich Leistungszulagen, festgesetzt. Unvermeidliche Überstunden in dringenden Fällen werden mit M 1,80 pro Stunde beachtet. Die geistlich angestellte Vorarbeit an Sonntagen wird in Bauliche mit M 7 pro Mann bezahlt. Die Lohn erhöhung im letzteren Betrieb beträgt M 10 bis M 15.

Wegen Durchführung des Schiftkundentages und Erhöhung des Lohnes in allen übrigen Brotfabriken und Kleinbetrieben ist das Gewerbeamt als Einigungsamt angerufen, da eine Einigung nicht zu erzielen war.

Zusätzlich wurde ein Antrag angenommen, die Magistratur und das Lebensmittelamt zu ersuchen, die Nachbereitung nach der Zahl der beschäftigten Gehilfen, unter Beachtung des Sachverständigen der Arbeitnehmer, in die Wege zu leiten.

Dann gilt es, in allen Frankfurter Betrieben die feststehende Arbeitszeit durchzuführen.

Gehört Offenbach a. M. zum Deutschen Reich?

Diese Frage muß man sich vorlegen, wenn man die Zustände dort sieht. Das Nachbaderecht ist Reichsgesetz, mit Ausnahme Offenbachs; denn dort wird noch wie vor 12 bis 18 Stunden gearbeitet, ebenfalls Sonntags, wie bisher. Alle Vorstellungen und Anzeigen bleiben bisher ohne Erfolg. Die Behörden erwarten, daß das Gesetz sei für Hessen noch nicht eingeführt; es werde gegenwärtig im Ministerium darüber beraten, ob für das Bäcker- und Konditorhandwerk der Schiftkundentag durchführbar sei und ob es ähnlich erscheint, die Sonntagsarbeit ganz zu verbieten.

Leider kann die Organisation hier mittels Geldhilfe nicht mit Erfolg antämpfen, weil fast nur Lehrlinge beschäftigt werden und es auch noch unorganisierte Gehilfen gibt.

Geschworene beim Volksrat Offenbach ist eingeladen.

Eine Konferenz der Vertreter aller bayrischen Garnisonbäckereien

stand am 5. Januar in Ingolstadt statt, um über ihre Verhältnisse und die Forderungen an die Regierung zu beraten. Nach vierstündiger Beratung wurde beschlossen, die Verbandsleitung zu beauftragen, die angenommenen Anträge beim Ministerium einzurichten und persönlich zu vertreten. Dass die Konferenz ihren Zweck erreicht, beweis das Versprechen einzelner Delgierter, daß sie sofort dafür Rechnung tragen wollen, daß sich alle Kollegen in ihren Betrieben dem Verband anschließen werden.

München, Ingolstadt, Nürnberg, Würzburg, Regensburg, Landshut sind bereits mit guten Beispiel vorangegangen. Vorwärts auch in diesen Betrieben, muß unsere Partei sein.

Verbandsnachrichten.

Quittung.

Vom 6. bis zum 18. Januar gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beiträge ein:

für November: Biesen M 33,40.

für Dezember: Landshut M 283,75, Düsseldorf 166,60, Emden 25,15, Bremberg 82,05, Weißenfels 88,88, Eisenach 44,25, Chemnitz 583,15, Würzburg 2237,90, Greifswald 71,85, Grimmaischau 31,85, Schweinfurt 64,60, Düsseldorf 255, Magdeburg 1497,25, Stettin 372,25, Waldenburg 64,75, Langerwehe 256,70, Hamburg 7556,70, Rostock 86, Limbach 48,10, Rosenheim 61, Lüdenscheid 58,40, Gotha 111,45, Erfurt 38,80, Münster 24,70, Hof a. d. E. 134,90, Hannover 2104,95, Bamberg 81,60, Bromberg 160,05, Nürnberg 1509,55, Augsburg 64,55, Sagan-Sorau 103,20, Homburg v. d. H. 68,55, Wittenburg 108,90, Striegau 14,80, Löbau i. Erzg. 100,25, Bautzen 59,95, Mannheim 527,30, Karlsruhe 61,30, Erfurt 174,50, Hildesheim 10,65, Schwerin 68,70, Düsseldorf 289,85, Huddersfield 199,85, Sonneberg 98,20, Cassel 702,75, Meissen 50,90, Osnabrück 129, Flensburg 262,95, Halle 1352,10, Zeitz 278,20, Elberfeld 478,90, Meuselwitz 73,90, Braunschweig 156,45, Bremerhaven 142,75, Hirschberg 41,75, Danzig 509,55, Blauen i. S. 57,60, Bayreuth 113,45, Darmstadt 49,30, Solingen 104,45, Esslingen 1011,40, Würzburg 198,35, Görlitz 175,90, Schmiede 36,10, Dessau 64,60, Leipzig-Döbeln 46,10, Herford 405,15, Bielefeld 47,70, Wiesbaden 456,70, Stuttgart 841,80, Kiel 715,55, Gütingen 26,75, Erfurt 89,05, Almberg 68,55, Dresden 1156,50, Jena 68,60, Forst i. d. S. 36,20, Bielefeld 1086,90, Dresden 2890,85, Köln 1069,25, Saarbrücken 258, Berlin 17,092,70, Leipzig 1815,05, Wiesbaden 456,74, Mainz 352,10, Frankfurt a. M. 1678,55, Oldenburg 110,60, Bützow 48,75, Würzburg 225,60.

Den Einzelzahlen der Hauptkasse: M. B. (im Falle) M. 6, B. d. S. Johanngeorgenstadt 31,70, F. M. Bautzen 1,60, P. d. S. Bismarck 24, F. d. S. Parchim 86,30, C. Döbeln 5,20, F. d. S. Bleckede 12, F. d. S. Münden 8,60, F. d. S. Halle 10.

für Abonnements und Annoncen: Bremen M. 3,90, Essen 2, H. d. S. Leipzig-Händelstr. 78,20, Bielefeld 7.

für "Geschichte der Bäcker- und Konditoren-Handlung": Halle M. 9.

für Protokolle vom Verbandsstag: Gehr. M. 1,60.

Preis der Hauptklasse registriert für Dezember: Bad Reichenhain, Freiburg, Hirschberg und Traunstein.

Abrechnung ohne Geld gesandt: Zahl.

Der Hauptkassierer: O. Freytag.

Ans den Bezirken.

Hannover: Die beiden Bäckerzweigverbände von Hannover und Linden, die Vereinigung der Großbäckerei Hannover-Linden und Umgegend sowie der Handelsverband der Bäcker und Konditoren haben am 16. Januar einen paritätischen Arbeitsnachweis für das Bäcker- und Konditorgewerbe gegründet. Mit dem 1. Februar wird derselbe seine Tätigkeit im "Bäckeramtshaus", Bilderdorf 6, aufnehmen.

Sterbetafel.

Forst i. d. L. Richard Berger: am 26. November 1918.
Ehre seinem Andenken!

Lohnbewegungen und Streiks.

Bäcker.

Die Firma Gebrüder Kleiter in Borsdorf: hat wiederum die Wünsche ihrer Arbeitnehmer glatt erfüllt, indem sie folgende Vereinbarung mit dem Verbande abschloß:

Zivilischen Unterzeichnungen wurde (nachdem mit der Bäckerinnung Landschaft vor dem Einigungsamt eine neue Lohnregelung getroffen wurde) vereinbart, daß sämtliche Löhne der in der Brotfabrik Kleiter beschäftigten Bäcker um M 5 pro Woche erhöht werden. Ferner, daß alle im Gesetz bezüglich des Schiftkundentages festgesetzten Bedingungen eingehalten werden, mit der Einschränkung, daß an Sonntagen nur höchstens 6 Stunden pro Schicht gearbeitet wird.

Borsdorf, 20. Dezember 1918. (Unterschriften)

Korrespondenzen.

Generalversammlungen.

Geisenheim: Am 5. Januar fand unsere Generalversammlung im Rathaus zu Geisenheim statt, die gut besucht war. Kollege Trentel begrüßte die zahlreich aus dem Feld zurückgekehrten und dankte, daß sie die Kriegsbeschädigten auch glücklich überstanden hätten. Wenn auch unser Wunsch nicht ganz in Erfüllung gegangen ist, daß die Generalversammlung im Frieden stattfinden möge, so hat doch wenigstens das Kassenproblem aufgelöst. Bringe der Frieden uns auch manche Härten, so hätten wir dieses der alten Regierung zu danken. Da der vielen Kriegspflichtige kommt noch der Kollege Fritz Göteit hinzu. Die Kollegen ehren denjenigen durch Erheben von ihren Plätzen. Der Vorsteher geht noch davon, daß die Vorlage für den Nachschub bereits von dem Kapitulationsverband beschlossen sei. Zum Geschäftsvorbericht führte Kollege Trentel auf, daß am Anfang des vorjährigen Jahres eine gebündigte Stimmlistung in der Abstimmung vorbereitet gewesen sei. Es waren damals auch keine Fortschritte zu verzeichnen. Mit dem Ausbruch des Revolutionskampfes kam endlich Leben in die Gewerkschaften und bei uns. Bei Kleiner & Co. Bäckereiausbau, wo gegenwärtig 16 Arbeitnehmer beschäftigt werden, stehen wie 10 Aufnahmen gemacht. Wichtig sei noch, daß im vorjährigen Jahre der Verbandsstag stattgefunden hat, auf dem unter alter Verbandsvorsitzender, Kollege Wilmann, neuen Kosten niedergelegt sei. Es fanden 4 Vorstandssitzungen, 3 Mitgliederversammlungen und eine Betriebsfestsitzung statt. Von Arbeitsnachweis wurden 20 Stellen belegt und 10 Ausnahmen vermittelt. Das höchste Alter der Kollegen war 49 Jahre, das niedrigste 17 Jahre; der höchste Sohn betrug M 48,30, der niedrigste M 32,60. Die Gruppenanzahl ist zu einem Verlust ganz befreit. Kollege Kleine gab den Kostenbericht. Die Einnahme betrug M 1810,79, die Ausgabe M 1040,65, der Kassenbestand M 270,14. Auf Kosten der Hauptkasse wurden ausgedeutet an Arbeitslosenunterstützung M 55,50 an Rentenunterstützung M 882,80, an Sterbeunterstützung M 120. Kollege Oberauß erklärte, daß die Stelle steht, die bester Ordnung gefunden worden ist und beantragte, den Kassierer zu entlösen, was durch geschlossen. Die Ausprache, die sich den Verträgen anschloß, war eine lebhafte. Es wurde allgemein das Scheitern des Kollegen Wilmann bestreitet. Die Neuwahlen ergaben: Hermann Trentel als ersten Vorsitzender, Walter Krause als zweiten Vorsitzenden, Paul Kleine als Kassierer, Robert Geistel als Schriftführer, Georg Schröder und August Seizing als Beisitzer. Walter Krause und Ernst Knoblauch als Stellvertreter. Die Wahlen fanden statt.

Unter "Gewerkschaftliches" regte Kollege Strehler an, mit dem Vorstande zu einstimmig zu arbeiten, wie er gemacht worden ist, dann würde der Erfolg nicht aufbleiben. Am 19. Januar wurde jeder Kollege seine Pflicht tun, damit eine sozialistische Regierung auftrete. Kollege Trentel ermahnte die Kollegen, alle Meinigkeiten beizulegen zu lassen und lädtig mitzutunreiten, damit das Ergebnisse nicht verloren gehen, sondern noch weiter ausgebaut werden könne. Damit schloß die gut verlaufene Versammlung.

Am 8. Januar fand hier eine Versammlung mit der Brüderlichkeit statt. Die Kollegen erklärten an, daß sie sich einer gewerkschaftlichen Organisation anschließen würden und daß es so nicht weiter gehen könne. Es wurden 16 Anträge gemacht. Auch hier geht es zwecklos; darum Kollegen, seid aus Werk!

Silberscheld. Am 4. Januar fand im "Schwarzer", Hoditzlage, eine ordentliche Generalversammlung statt. Aus der sofort vorgenommenen Vorstandswahl gingen hervor: Günzel als Vorsitzender, Muth als Kassierer, Leichter als Schriftführer, Viehweger als Kartelldelegierter und Böhrer. Ehe in die Tagesordnung eingetreten wurde, bedachte der Kollege Rose in warmen Worten den damaligen Zustand zum Doser gefallenen Kollegen Gutt, Gallenbergs, Weißer und des durch Krankheit, stirbenden Kollegen Weber. Das Andenken dieser treuen Mitglieder wurde durch Erheben von den Söhnen geebzt. Dann gab der bisherige Vertrauensmann Muth den Vorsitzende und den Majorbericht. Aus letzterem ging hervor, daß die Beziehungen sehr gut zu nennen waren. Auf Antrag des bisherigen Abitores Laube wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Unter "Verschiedenes" lag ein Antrag vor, Kollegen in den Fachauskünften für Lehrlingsreisen und in den Ausschüssen für Lohnverteilung zu wählen. Gewählt wurden die Kollegen Günzel, Schmid und Viehweger. Von einer Befriedigung des Arbeitsschmiedes wurde Abstand genommen und die Sache dem Vorstand dahingehend überlassen, über eine gerechte Durchsichtung des Arbeitsschmiedes zu reden. Kollege Muth gab bekannt, daß auf Anregung der Bezirksleitung in Kürze eine öffentliche Versammlung stattfinden solle, in der Reiter, Esser, referieren würden. Kollege Rommelscher regte an, durch Anträge in den Zeitungen auch die in den Fabriken arbeitenden Kollegen zur Versammlung einzuladen. Börgen und Rose führten aus, daß die heimliche Agitation die Kleinagitation sei, die Agitation von Muth zu Rund. Ein Beschluss hierüber wurde dem Vorstand überlassen, desgleichen auch die Festlegung der Mitgliederversammlungen.

Dortmit wäre in Südbaden der Grundstein zu neuem gewerkschaftlichen Leben gelegt. Kollegen, die Jahr nach Jahr und noch länger draußen gefunden sind, in Fabrikarbeits- und Angestellten, die Jahr gesessen haben, wie das alte Blut in Südbaden geflossen ist; jetzt gilt es, frisch und mitzubringen an dem Ausbau der Organisation in unserem kommunistischen Südbaden. Doch sind ja nicht alle zurück, noch schmieden einige in der Gefangenenschaft. Aber auch sie werden zurückkehren, wie wir es alle hoffen; auch sie werden mitziehen, und Südbaden wird dann wieder eine Hochburg in der deutschen Bäder- und Konditoreiorganisation werden. (Notiz für den Schriftführer: Berichte für das Geschäftsjahr nur auf eine Seite des Papiers schreiben, doch der Papierknappheit! — Red.)

Würzburg. Eine Jahrestätigkeitsversammlung, wie sie die Zunftleute im Jahr 1918 nicht mehr hatte, fand hier am 10. Januar statt. Bis zum letzten Platz war der Saal besetzt. Nach der Geist, der die Versammlung bestimmte, war ein erwartiger, der der neuen Zeit Rechnung trägt. Dies kam in der allgemeinen Zustimmung zu den Erfüllungen des Kollegen Goßner, die er betreute der kommenden Wahlen machte, zum Ausdruck. Zu den Berichten wurde das Werk nicht genommen und die geleistete Arbeit, die insbesondere in letzter Zeit vollbracht wurde, einstimmig肯定。 Vor Eintritt in die Tagesordnung gehabt wurde der Vorschlag der 4 verfehlten und der 91 gefallenen Kollegen, welche die Versammlung durch Erheben von den Söhnen abzuhalten wünschten. Aus dem Bericht des Kollegen Goßner sind folgende Hauptpunkte hervorgezogen: Die in diesem Jahre erzielten materiellen Erfolge sind mit M. 7400 wöchentlich nicht zu hoch berechnet. Der Abschluß von Verträgen mit der Firma Kautz, Seidl, die Vereinbarungen über Lohnzulagen mit den Großbetrieben bestehen für den Aufbau unserer neuen Lohnverhältnisse einen guten Grund. Der Zustrom von Mitgliedern aus der Zunftbranche weckt neue Hoffnungen, und vielleicht halten es auch die von der jüßen Kunst einmal für ungewöhnlich, die Männer ihre Rechte zu fordern und zu vertreten. Aus dem Rauhendorf ist zu ernehmen, daß die Kaufmänner und Beiträge sowie die Mitgliedergabe eine erstaunliche Anzahl erfahren haben. Dem Kassierer und der Gewerbevertretung wurde einstimmig Entlastung erteilt. Die Rücken der Kollegen fügten sich glatt und wurden gewählt: Kassierer und Kassierer Kollege Wagner, zweiter Vorsitzender Max Gerl, zweiter Vorsitzender Will Marx, erster Schriftführer Karl Trenz, zweiter Schriftführer Jakob Schmidt, Kassierer Alois Schmidt und Jakob Weiß, Beisitzer Heinrich Marie Heid, Franz Holzapfel, Jakob Prasch, Jakob Zill, Franzoldmeier, Martin Bader, Jakob Waldkirch und Peter Fäder. Nach kurzen geschäftlichen Mitteilungen wurde die schon berücksichtigte Versammlung mit dem Konsens, daß nun alle wieder fest zusammen treten, um die Folge der Revolution hochheben zu können, geschlossen.

Bühl. Am 5. Januar fand im Teufel des Regierungsräters Greizer, Erfurt, eine Generalversammlung in "Domburg" statt. Der Vorsitzende Habermann hielt die aus dem freien partizipativen Kollegen Bereich willkommen. Gleichzeitig gehabt wurde der Kollegen Engert, Paul, Günzel und Schmidmann, die Dozent des gleichnamigen Lehrerschulzentrums sind. Der Vorsitzende wurde in höherer Stufe gewählt. Seinen Platz nahm der Geschäftsführer, in dem der Vorsitzende die Kollegen zur neuen Mitarbeit anfeuerte. Es kamen zwölf Mitglieder und eine Sonderdelegation nach. Den Schlußbericht gab der Kassierer und die Gesamtabschöpfung bis November betrug M. 1170,70. Da die Schlußlage wurden M. 224,90 gefunden. Der Sozialaufwand betrug am Anfang des Jahres M. 183,50, am Ende bestellten M. 214,12. Zur Hand wurden M. 23,25 für Verwaltungskosten M. 60,20 ausgegeben. Aus unserer freiwilligen Spitätskasse wurden zu Weihnachten 11 Frauen und 22 Kinder M. 50 entzogen. Der Stoff von M. 28,88 wurde am Anfang der Versammlung bei Kollegie überreicht. Kampfzündungen wurden 120 Stück verkauft. In der Bergungsanstalt lag M. 29. Die Sicherheit der Bergungsanstalt wurde gestärkt. Hier waren 22 zusätzliche Wachleute und ein neuerliches Brigadiere eingeschlagen zu ver-

zeichnen. Auf Antrag des Kollegen Stein wurde dem Kollegen Brod Entlastung erteilt. Zum Vorsitzenden wurde Habermann, als Stellvertreter Mohr gewählt. Kassierer wurde Brod, Schriftführer Stein. Als Beisitzer wurden Schärmann und Müller gewählt. Im Punkte "Bahnfragen" wurden die Löhne der Genossenschaften einer scharfen Kritik unterzogen. Es wurde eine aus 7 Kollegen bestehende Bahnkommission gewählt, welche gemeinsam mit einem Vertreter des Verbandes bei der Bahnhofsausstellung vorstellig werden soll. Der Vorsitzende ist für Verhandlungen auf M. 2 für Pfarrarbeiter und verantwortliche Posten und entsprechende Folgen zu gewähren. Im Schlußwort referierte Kollege Steger über die Hauptaufgaben unserer Organisation. Er sprach den Schülertag und legte die Bedeutung der Fachausbildung klar.

800 von Zahl auf, in treuer Pflichterfüllung dem wirtschaftigen Vorstand Folge zu leisten, was mit Begeisterung von allen Anwesenden gelobt wurde. Büste wurde auf die Nationalversammlung hingerichtet und aufgefordert, daß sich jedes stimmberechtigte Mitglied an ihr beteilige.

Wegen Raumangst mussten einige Berichte zurückgestellt werden. — Die Red.

Spätestens am 25. Januar ist der 5. Wahlergebnis für 1919 (26. Januar bis 1. Februar) fällig.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

Sonntag, 26. Januar:

Böhmum: "Zum goldenen Löwen", Ecke Moon- und Rothestraße. — **Almenau:** 2 Uhr, "Deutsches Haus". — **Württemberg:** Wilhelmshaven: Bei Burdenberg, Württemberg. **Wiesbaden:** Bei Burdenberg, Württemberg. **Leiter:** 86. — **Conneberg Coburg:** (Generalversammlung): 9 Uhr im Bürgerhof in Steinach. — **Striegau:** 8 Uhr im "König Bismarck". (Die Versammlungen finden jeden Sonntag statt.)

Sonntag, 2. Februar:

Worms: 8 Uhr bei Schlossmacher, Steinstraße. — **Duisburg:** Vorm. 10 Uhr im "Bienenhaus", Friedrich-Wilhelm-Platz. — **Halle a. d. S.:** (Generalversammlung): 8 Uhr im Bäckerinnungshaus, Orlaer Straße 17. — **Magdeburg:** (Generalversammlung): 8 Uhr. — **Donaabrück:** Vorm. 11 Uhr bei Müller, Böhrstraße. — **Übach:** 8 Uhr in "Dombergs Ansicht".

III. Anzeigen.

Nachruf.

Die Zahnstelle Elbersfeld-Barmen verlässt als Opfer des Weltkrieges folgende 14 Kollegen, von denen die ersten 8 gefallen, die andern in der Heimat in Lazaretten gestorben sind.

Wilhelm Reich	Ernst Gründer
Stephan Flock	Simon Hillmayer
Kurt Mates	Karl Spranger
Fritz Köhler	Karl Bingenheimer

Franz Merzenich	Max Wichtl
Heinrich Wienes	Heinrich Göbel
Edmund Lukes	Richard Gebauer

Wir werden der braven und treuen Kämpfer für ein besseres Los der Berufskollegen und für die Ideale der Arbeiterschaft dauernd in Liebe und mit Achtung gedenken.
[M. 7,80] **Zahnstelle Elbersfeld-Barmen.**

Zahnstelle Nürnberg-Fürth.

Sonntag, 2. Februar 1919, nachmittags 2½ Uhr:

Generalversammlung

im "Historischen Hof", Neugasse.
Tagesordnung: Jahresbericht, Wahl der Verwaltung, Verschiedenes.

Das Erscheinen aller Verbandsmitglieder ist unabdingbare Pflicht. [M. 3,30] **Die Verwaltung.**

Büchereierrichtung,

Ordnung, Nachrufe, Abschluß, prompt und gewissenhaft. **Johannes G. W. Möller, Hamburg,**
kleine Bäckerstr. 18. **Elbe 4461, R. I.**

Kontrollkassen.

National Totaladdierer, ältere und neuere Modelle, kaufen wir gegen bar. Offeren unter Tel. G. 127 an Rudolf Mosse, Berlin W., Tannenzierstr. 2. [M. 8]

,Schnellentzündlich“

bestimmtes Mittel zum Streichen der Bleche und Formen. Preise je M. 7,50, von 5 kg an bis M. 7. Schutz zu empfehlen!

Liebing & Co., G. m. b. H.,
Leipzig-N. 5, Rohlgartenstraße 8. Telefon 2290.

Ia. Holz-Grenzschl.

z. Bentuer M. 17 mit Gütesatz, bei 10 Bentuern z. Bentuer M. 16 einfache Sack, bei 100 Bentuern z. Bentuer M. 14 einfache Sack, ab Station Leipzig einschließen!

Liebing & Co., G. m. b. H.

Leipzig-N. 5, Kohlgartenstr. 8. Tel. 2290.